

Stine Marg

Verlust der Möglichkeiten? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Transformationskonflikte

Zusammenfassung

Der Beitrag ordnet lokale Konflikte im Kontext von Energiewende und Klimawandel in zentrale sozialwissenschaftliche Debatten zu Konflikt, Transformation und Polarisierung ein. Ausgangspunkt ist ein breites Konfliktverständnis: Konflikte gelten nicht als Störungen, sondern als unvermeidlicher Bestandteil pluralistischer Gesellschaften. Ihre Wirkungen – ob integrativ oder desintegrativ – sind offen und hängen wesentlich von Kontexten, Akteurskonstellationen und institutionellen Rahmenbedingungen ab. Für lokale Transformationsprozesse bedeutet dies, dass Konflikte nicht „gelöst“, sondern gestaltet und reguliert werden müssen.

Lokale Auseinandersetzungen um Windkraft, Netzausbau, Wärmeplanung oder Flächennutzung reichen häufig über den konkreten Anlass hinaus. Sie bündeln Fragen von Gerechtigkeit, Legitimität, Beteiligung und politischer Steuerung und fungieren nicht selten als Ventil für allgemeine Unzufriedenheit mit politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen. Eine vorschnelle Etikettierung als „Öko-“ oder „Nachhaltigkeitskonflikte“ greift daher zu kurz und verdeckt die empirische Vielfalt der Konfliktodynamiken. Die im Beitrag diskutierten theoretischen Perspektiven zeigen unterschiedliche, teils gegensätzliche Deutungen dieser Konflikte: Während einige Diagnosen (u. a. Blühdorn, Staab) von einer Erosion kollektiver Handlungsfähigkeit, normativer Orientierung und demokratischer Konfliktbearbeitung ausgehen, betonen andere (Neckel, Dörre, Heidenreich) weiterhin das Potenzial konfliktvermittelter Transformation – allerdings unter klaren Bedingungen. Zentral ist dabei, ob Konflikte als verhandelbare Verteilungs- und Regulierungsfragen geführt werden oder sich zu moralischen Identitätskonflikten verhärten, die Polarisierung begünstigen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Ein wiederkehrendes Ergebnis ist, dass das zentrale Problem lokaler Transformationskonflikte häufig nicht „zu viel Konflikt“, sondern ein Mangel an Konfliktfähigkeit ist. Dazu zählen fehlende handlungsfähige Akteure, geringe Zukunftserwartungen, Vertrauensverluste, unklare Zuständigkeiten sowie institutionelle Verfahren, die Beteiligung versprechen, reale Einflussmöglichkeiten jedoch begrenzen. In solchen Konstellationen steigt die Gefahr von Abwehr, Verweigerung, affektiver Polarisierung oder der Attraktivität autoritärer Steuerungsversprechen.

Für die Praxis der Konfliktbearbeitung folgt daraus: Konfliktinterventionen (Moderation, Beteiligungsverfahren, rechtliche Prozesse) sind notwendig, reichen jedoch allein nicht aus. Entscheidend ist, ob Konflikte transformierbar werden – also ob es gelingt, Anerkennungsverhältnisse zu stabilisieren, verhandelbare Konfliktdimensionen sichtbar zu machen, Verteilungsfragen offen anzusprechen und institutionelle Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass kollektive Akteure handlungsfähig werden. Lokale Transformationskonflikte sind damit keine Randprobleme, sondern zentrale Arenen, in denen sich entscheidet, ob die ökologische Transformation demokratisch, sozial integrierend und politisch tragfähig gestaltet werden kann.

Von welchen Konflikten sprechen wir?

Um lokale soziale Konflikte im Kontext der Energiewende und des Klimawandels zu verstehen, hilft ein Blick in die sozialwissenschaftliche Debatte dazu. Politikwissenschaft und Soziologie halten hierfür nicht nur hilfreiche Analyseinstrumentarien bereit, sondern prägen zugleich zentrale Begriffe – wie etwa „Konflikt“ oder „Polarisierung“ –, die auch in gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen und damit in konkreten Debatten über Konflikte wirksam werden.¹ In diesem Text und im Forschungsprojekt stehen lokale soziale Konflikte im Kontext der Energietransformation² und des Klimawandels im Zentrum. Diese werden indes nicht vor dem Hintergrund einer engen Konfliktdefinition analysiert. Stattdessen

¹ Vgl. Nils C. Kumkar, *Polarisierung*. Die Ordnung der Politik, Berlin 2025.

² Da mit dem Begriff der Energiewende i.d.R. die Stromwende assoziiert wird, verwenden wir hier überwiegend den Begriff der Energietransformation, um auch Bereiche wie beispielsweise die Verkehrswende mitzubersichtigen.

wird ein breiteres, theoretisch informiertes Konfliktverständnis entwickelt, das als heuristischer Rahmen dient und unseren empirischen Zugriff fundiert.

Dieses Verständnis orientiert sich an vier zentralen Annahmen über die Beschaffenheit sozialer Konflikte und deren analytische Erfassbarkeit.³ Ausgehend von einer ausdifferenzierten Konfliktsoziologie begreifen wir Konflikte als dynamischen Interaktionszusammenhang, der auf strukturell angelegten oder subjektiv wahrgenommenen Unvereinbarkeiten zwischen mindestens zwei sozialen Einheiten – also Individuen, Gruppen oder Institutionen – beruht, und sich im Verlauf in den sozialen Beziehungen beständig aktualisiert. Die beteiligten Akteure nehmen dabei auf unvereinbare Zielvorstellungen hinsichtlich Ressourcen, Werten, Status oder Interessen Bezug.⁴ Unvereinbare Positionen meint, dass sie einander ausschließen, dass dieser Umstand den beteiligten Akteuren bewusst ist und ihr Handeln bestimmt, was wiederum Spannungen erzeugt.⁵ Der Konflikt als Handlungssystem ist, erstens, potenziell funktional für moderne demokratische Gesellschaften. Daraus folgt jedoch nicht, dass Konflikte notwendig integrierende oder desintegrierende Folgen haben. Vielmehr sind die jeweiligen Wirkungen, intendiert wie nicht-intendiert, kurzfristig wie langfristig empirisch zu bestimmen, da sie maßgeblich von situativen und strukturellen Kontextfaktoren abhängen⁶. Als gesellschaftliche Integrationsfunktion können Konflikte beispielsweise alternative Lösungen und Wissensbestände zu Tage fördern, Lernprozesse unterstützen, Grenzen und Regeln etablieren, sowie Normen und Strukturen festigen. Allerdings können auch die Herausbildung sozialstruktureller Brüche, Vertrauensverluste, Blockaden kollektiver Entscheidungsprozesse oder Gewaltanwendungen Folgen gesellschaftlicher Konflikte sein. Zweitens wird Konfliktfreiheit gemeinhin nicht als konstitutives Element demokratischer Gesellschaften verstanden. Das bedeutet, dass wir von der Unumgänglichkeit sozialer Konflikte in pluralistischen

³ Vgl. hierzu auch Thorsten Bonacker, „Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Einleitung und Überblick“, in: ders. (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 9-33, hier S. 12-14.

⁴ Vgl. Galtung 135, Coser betont, dass es eher Verhalten statt Haltung ist, das einen Konflikt konstituiert.

⁵ Vgl. Roloff, Boulding, Link

⁶ Bereits vor mehr als dreißig Jahren konstatierte Albert O. Hirschmann, dass sich jene, die Konflikte eine positive Wirkung zuschreiben, in diesem vermeintlich unorthodoxen Postulat gefielen und es vermieden zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Konflikte positive Wirkungen entfalten können. Albert O. Hirschman, „Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?“, in: *Leviathan*, 22 (1994), 2, 293-304, hier S. 297. Vgl. hierzu jüngst auch Vincent August / Manon Westphal, „Theorizing democratic conflicts beyond agonism“, in: *Theory and Society* 53 (2024), S. 1119-1149, hier S. 1137.

Gesellschaften ausgehen. Prozesse der Mobilisierung, Polarisierung, (De-)Eskalation sowie mögliche Spillover-Effekte unterliegen jedoch spezifischen historischen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen und sie greifen auf je eigene Ressourcen zurück. All das muss fallweise analysiert werden, um das Konfliktgeschehen adäquat erfassen zu können. Drittens sind soziale Konflikte mehrdimensional. Weder vereinfachende Imaginationen über die beteiligten Akteurseinheiten noch die Reduktion von Konflikten auf Nullsummenlogiken oder bipolare Konstellationen werden ihrer empirischen und analytischen Komplexität gerecht. Konflikte entwickeln sich zudem nicht ausschließlich in der direkten Interaktion der Konfliktparteien. Sie werden bedingt durch diskursive, institutionelle und gesellschaftliche Kontexte, die jenseits des konkreten Dissens liegen, und beziehen sich auch auf die im konkreten Konfliktfall Unbeteiligten. Mit Unbeteiligten meinen wir jene, die nicht handlungsförmig in den Konflikt involviert sind. Auch andere externe Parteien, die beispielsweise als Handlungsmächtige ausgemacht wurden und keinen direkten lokalen Bezug aufweisen müssen, können zu Adressaten der Konfliktakteure werden.⁷ Viertens ergibt sich aus diesen Parametern, dass Konflikte als dynamische Prozesse zu verstehen sind, deren Verlauf, Struktur und Wirkungen zeitlich variieren und deren Analyse die Berücksichtigung latenter wie manifester Dimensionen erfordert.

Uns interessieren jedoch nicht alle sozialen Konflikte gleichermaßen. Eine Fokussierung ist notwendig, da wir davon ausgehen, dass der Konfliktgegenstand, die Zeitgebundenheit und Rahmenbedingungen eine relevante Wirkung auf den Interaktionszusammenhang haben. Unser Blick richtet sich auf soziale Konflikte, die im Zuge energie- und klimapolitisch motivierter Transformationsprozesse auf lokaler Ebene gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland entstehen. Gemeint sind Auseinandersetzungen um konkrete Vorhaben, Regelungen oder deren Ausbleiben, in denen ökologische, ökonomische und soziale Interessen miteinander in Spannung geraten. Wir vermeiden bewusst die in der Literatur dafür präsenten Begriffe wie „Ökokonflikte“⁸, „Nachhaltigkeitskonflikte“⁹ oder den des „sozial-

⁷ In Anlehnung an Galtung wird für diese bewusst auf die Bezeichnung als „dritte Partei“ verzichtet, da dies eine dichotome Konfliktkonstellation suggeriert, vgl. Johann Galtung, *Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Entwicklung und Kultur*, Wiesbaden 1998, S. 188.

⁸ Stephan Lorenz, „Sozial-ökologische Konflikte verstehen“, in: *Leviathan*, 52 (2024), 4, 525-554.

⁹ Ingolfur Blühdorn, *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Berlin 2024. Felix Heidenreich, *Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie*, Berlin 2023.

ökologischen Klassenkonflikts¹⁰. Diese Begriffe tendieren dazu, Konflikte – jeweils mit unterschiedlicher analytischer Zielsetzung – entweder primär über ihren normativen Bezug zu Umwelt- oder Nachhaltigkeitszielen (Ökokonflikte, Nachhaltigkeitskonflikte) oder über spezifische gesellschaftliche Trägergruppen und sozialstrukturelle Konfliktlinien (sozial-ökologischer Klassenkonflikt) zu rahmen. Ohne den analytischen Mehrwert dieser Zugriffe in Abrede zu stellen, besteht mit Blick auf unser Erkenntnisinteresse die Gefahr, die empirische Vielfalt lokaler Konfliktkonstellationen frühzeitig zu reduzieren und die sozialen Auseinandersetzungen einem vorab gesetzten Deutungsrahmen zu unterwerfen, anstatt sie aus der konkreten Konfliktodynamik, den beteiligten Akteurskonstellationen und situativen Interaktionszusammenhängen heraus zu analysieren. Überdies haben etliche lokale Fallstudien gezeigt, dass Konflikte im Kontext der Energie- und Klimatransformation über den unmittelbaren Konfliktgegenstand weit hinausreichen. Sie fungieren nicht selten als Vehikel, um allgemeine Unzufriedenheit mit politischen Maßnahmen, Institutionen und Akteuren zu artikulieren und zu mobilisieren¹¹. Zudem betrifft der dem Konflikt zugrunde liegende Wertedissens oftmals mehr als energie- oder klimapolitische Zielsetzungen und umfasst unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit¹², Legitimität¹³ sowie divergierende Auffassungen über das Verhältnis zwischen lokaler Autonomie und übergeordneten politischen Steuerungsansprüchen¹⁴.

¹⁰ Dennis Eversberg / Martin Fritz / Linda von Faber / Matthias Schmelzer, *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt*. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation, Frankfurt a.M. / New York 2024.

¹¹ Vgl. Simon Teune / Maike Rump / Beate Küpper / Julia Schatzschneider / Fritz Reusswig / Wiebke Lass, *Energiewende? – ja! Aber....* Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung, DEMOKON-Research Paper II, online einsehbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_4/component/file_26004/content. Vgl. auch jüngst: Jörg Radtke / David Löw-Beer, „Unpacking local energy conflicts: Drivers, narratives, and dynamics of right-wing populism and local resistance to energy transitions in Germany“, in: *Energy Strategy Reviews*, 61 (2025), <https://doi.org/10.1016/j.esr.2025.101844>.

¹² Vgl. Nina Kerker / Lucas Kuhlmann / Stine Marg, „Fair Enough? Unraveling justice perspectives on Germany’s energy system transformation“, in: *Energy Research & Social Science*, 116 (2024), <https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103691>.

¹³ Vgl. Hierzu grundlegend die Erkenntnisse des Forschungsprojektes „Bürgerproteste“, die pointiert im Sammelband zusammengetragen wurden: Christoph Hoefl / Sören Messinger-Zimmer / Julia Zilles, *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende*. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld 2017.

¹⁴ Vgl. u.a. Eva Eichenauer / Ludger Gailing, „What Triggers Protest? – Understanding Local Conflict Dynamics in Renewable Energy development“, in: *Land Use and Land Use Conflicts in the Context of Energy Production, Conservation and Sustainable Development*, A special issue of *Land*, hrsg. v. Demorah Shmueli / Olaf Kühne (2022) <https://doi.org/10.3390/land11101700>, Jörg Radtke, „Wie viel Demokratie steckt in der Energiewende? Und wenn ja: welche?“, in: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 5 (2021), 2, S. 22-34.

Transformationskonflikte aus Makroperspektive

Es dürfte deutlich geworden sein, dass soziale Konflikte hier – im Gegensatz etwa zum Strukturfunktionalismus¹⁵ – nicht grundsätzlich als Motor gesellschaftlicher Desintegration begriffen werden. Mit Blick auf die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik lässt sich jedoch ein wachsender Zweifel an der gesellschaftlichen Integrationskraft von Konflikten beobachten. Diese Skepsis speist sich nicht allein aus empirischen Befunden lokaler Einzelfallstudien, die zeigen, dass partizipative Verfahren mit dem Ziel der Akzeptanzbeschaffung häufig an ihre Grenzen stoßen oder dass selbst aufwendige Informationskampagnen dem sogenannten Beteiligungsparadox nicht entgegenwirken können, das darauf verweist, dass mit zunehmender Konkretisierung eines Projekts zwar das Interesse an Beteiligung steigt, zugleich jedoch die tatsächlichen Möglichkeiten wirksamer Einflussnahme sinken, da zentrale Entscheidungen bereits getroffen wurden und sich Pfadabhängigkeiten verfestigt haben. Der mit der Funktionalität von Konflikten verbundene Pessimismus ist zugleich aktuellen gesellschaftstheoretischen Analysen eingeschrieben, die gesellschaftlichen Konfliktlagen im Bereich der Energiewende und des anthropogenen Klimawandels sezieren.

Besonders pointiert formuliert dies Ingolfur Blühdorn. Er konstatiert eine zunehmende Politisierung der Konflikte bei gleichzeitig wachsender Polarisierung in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik¹⁶, deren Ursachen er maßgeblich im Scheitern des ökoemanzipatorischen Projekts verortet. Dieses ökoemanzipatorische Projekt versteht Blühdorn als einen idealtypischen sozialtheoretischen Bezugsrahmen, der den gesellschaftlichen Umgang mit umwelt- und klimapolitischen Herausforderungen über lange Zeit geprägt habe und die gesellschaftlichen Naturbeziehungen „aus der Perspektive und unter dem Vorzeichen emanzipatorischer Werte wie Freiheit, Gleichheit, Würde, Selbstbestimmung, Vernunft und universeller Menschenrechte“ betrachtete¹⁷. Darüber hinaus identifiziert Blühdorn mit der Kritik an der Ausbeutung der Natur und Versklavung des Menschen, dem „Selbstverständnis als Avantgarde einer ökologisch, militärisch und sozial befriedeten neuen Gesellschaft“, dem „Vertrauen in zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und demokratische Selbstregulierung“ sowie der „Ausweitung

¹⁵ Vgl. dazu Hans Joas / Wolfgang Knöbl, *Sozialtheorie*. Zwanzig einführende Vorlesungen, aktualisierte Ausgabe⁶, Berlin 2011, S. 257

¹⁶ Blühdorn, *Nachhaltigkeit*, S. 13.

¹⁷ Ebd., S. 21.

demokratischer Partizipation als Mittel einer in diesem Sinne progressiven Politik“ weitere „konstitutive Elemente“ des ökologisch-emanzipativen Bezugsrahmens¹⁸. Er argumentiert, dass dieses ökoemanzipatorische Projekt nicht primär an äußeren Widerständen gescheitert sei, sondern gegenwärtig „ganz wesentlich auch an seiner eigenen Logik und seinen inneren Widersprüchen“ zerbreche¹⁹. Das bereits im ökoemanzipativen Projekt angelegte zentrale Spannungsverhältnis zwischen einer emanzipatorischen, auf Befreiung zielenden Logik auf der einen und der ökologischen Notwendigkeit von Begrenzung der Ressourcen sowie Unterordnung auf der anderen Seite habe sich nicht auflösen lassen. Im Gegenteil: Im Verlauf der Spätmoderne sei es eindeutig zugunsten eines individualistischen Verständnisses von Emanzipation gekippt. In der Folge erscheine das autonome Subjekt als Träger eines freien Willens und verantwortlicher Entscheidungsfähigkeit zunehmend als überfordert und entlaste sich durch die Delegation politischer Entscheidungen an populistische Führungsfiguren, Experten, technokratische Institutionen oder – in wachsendem Maße – an künstliche Intelligenz.

Gesellschaftliche Konflikte im Feld der Energie- und Klimapolitik erscheinen vor diesem Hintergrund weniger als potenziell produktive Aushandlungsprozesse, sondern als Symptome tieferliegender normativer Erosionen, für die Blühdorn keine Lern- oder Integrationsdynamiken durch Konfliktbearbeitung mehr erwartet. Die zunehmende Polarisierung, die Stagnation partizipativer Verfahren und die wachsende Attraktivität autoritärer Steuerungsversprechen interpretiert er daher nicht als vorübergehende Fehlentwicklungen, sondern als charakteristische Merkmale spätmoderner Gesellschaften, in denen zentrale Annahmen über Gestaltbarkeit, demokratische Selbstregierung und konflikthafte Integration an Überzeugungskraft eingebüßt haben. Demokratie und „Nachhaltigkeitswende“ seien unter diesen Bedingungen „immer schwerer umsetzbar“²⁰. Mit dieser düsteren Prognose möchte Blühdorn jedoch ausdrücklich keinen Fatalismus verbreiten. Vielmehr versteht er seine Analyse als gesellschaftstheoretisches Erklärungsangebot dafür, warum der (zumindest aus seiner Perspektive) lange Zeit dominante Transformationskonsens²¹ nun brüchig geworden ist, und positioniert seine Arbeit als

¹⁸ Ebd., S. 23.

¹⁹ Ebd., S. 17.

²⁰ Ebd., S. 74-77.

²¹ Unabhängig davon, ob Blühdorns These hinsichtlich eines vergangenen Transformationskonsenses empirisch stimmig ist oder nicht (vgl. hierzu die Kritik von Karl Werner Brandt, „‘Große Transformation‘ oder ‚Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit‘. Wider die Beliebigkeit sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeits- und

Beitrag zu einer Theorie spätmoderner Gesellschaften auf dem Weg in eine „Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit“²². Zumindest legt er damit ein Erklärungsangebot für die Frage vor, warum es Gesellschaften trotz (drohender) ökologischer Katastrophen nicht gelingt, sich grundlegend zu transformieren.

Philipp Staabs Arbeit „Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus. Warum die grüne Transformation zu scheitern droht“ lässt sich als empirische Ergänzung zu jenen gesellschaftstheoretischen Perspektiven lesen, die Blühdorn im Kontext der spätmodernen Nachhaltigkeits- und Transformationsdebatte entwickelt hat. Doch während für Blühdorn die westlichen Gesellschaften das ökonomanzipatorische Projekt und damit auch das Nachhaltigkeitsparadigma bereits hinter sich gelassen und sich auf den Weg in eine dritte Moderne begeben haben, tröstet Staab sich damit, dass wir derzeit nur einen „Rollback“ in der Umwelt- und Klimapolitik erleben²³. Damit artikuliert er – mindestens implizit – eine Hoffnung darauf, dass das „einstweilige Scheitern“²⁴ in der Umwelt- und Klimapolitik noch bearbeitbar sein könnte. Sein Ausgangspunkt ist die Annahme einer spezifischen Ontologie des Klimawandels: Als fundamentale Bedrohung könne der menschengemachte Klimawandel keine Bilder einer „aussichtsreicheren Zukunft“ produzieren, sondern ausschließlich erbitterte Abwehrprozesse wecken. Die politischen Maßnahmen im Zuge der energiepolitischen Transformation würden als Eingriff in die Lebenswelt gedeutet, der sowohl Widerstand als auch Verweigerung provoziert: „Wie soll man glauben, dass man morgen mehr davon haben wird, wenn die Ressourcen knapper und die Konkurrenz um sie härter wird?“²⁵ Der Kampf um die weniger werdenden Ressourcen erzeuge Reflexe, die auf Selbsterhaltung und Immunisierung verweisen. Angesichts der existenziellen Bedrohungen habe sich der Raum des Politischen fundamental gewandelt und die tradierten Formen des Umgangs mit gesellschaftlichen Konflikten seien verlustig gegangen (Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen können die

Transformationstheorien“, in: *Leviathan*, 49 (2021) 2, 189-214 und Daniel Hausknost, „They never was a categorical ecological imperative: a response to Ingolfur Blühdorn, in: *Global Discourse*, 7 (2017) 1, 62-65, <http://dx.doi.org/10.1080/23269995.2017.1300416>) muss doch zumindest konstatiert werden, dass es politische Mehrheiten gab, die die Einleitung einer klimapolitischen Transformation ermöglichten und vorantrieben.

²² Ebd., 244.

²³ Philipp Staab, *Systemkrise. Legitimationsprobleme im grünen Kapitalismus*, Berlin 2025, S. 10.

²⁴ Ebd., S. 29.

²⁵ Ebd., S. 70.

verschiedenen Interessen aufgrund ihrer verkümmerten gesellschaftlichen Verwurzelungen nicht mehr bündeln, in den politischen Raum transferieren und konsensuell im Benehmen mit den politischen Akteuren bearbeiten) oder seien grundsätzlich nicht mehr umsetzbar (aufgrund des Ressourcenschwundes können – wie Staab mit Habermas feststellt – die Gesellschaften nicht mehr so ohne Weiteres mit Erneuerung und Modernisierung auf Probleme reagieren). Demzufolge mangle es den sozialen Konflikten in der Umwelt- und Klimapolitik nachhaltig an positiver Kraft.

Infolgedessen identifiziert Staab zwei Sozialfiguren als Reaktion der Gesellschaft auf diese Herausforderung: auf der einen Seite das antiökologische und auf der anderen Seite das ökomoderne Subjekt. Das antiökologische Subjekt wird als „defensiv orientierter Aufstand der Lebenswelt“ verstanden, der „die bestehende Gegenwart verbissen gegen Modernisierungsmaßnahmen verteidigt“²⁶. Staab weißt jedoch explizit darauf hin, dass diese heterogene Gruppe mit verschiedenen Interessen keinesfalls auf die ökonomische Dimension reduziert werden dürfe. Sie verteidigten vielmehr die „kulturellen Vorstellungen des richtigen Lebens“²⁷. Dahinter stecke – wie Staab mit Rekurs auf die Schrift „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ von Jürgen Habermas herausarbeitet – eine Identitätskrise, da politische Steuerungsversuche letztlich die für gültig gehaltenen Lebensmodelle und -leistungen in Frage stellten.

In einem zweiten Schritt fragt sich Staab, warum sich die Träger des „ökoemanzipativen Projektes“ (Blühdorn) nicht mit aller Kraft für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik einsetzen würden. Auf der Grundlage zahlreicher qualitativer Interviews mit Beschäftigten in ökologisch und klimafreundlich ausgerichteten Branchen rekonstruiert er drei normative Motivstrukturen, die er als „Lebenswelt der Abwehr“, „Lebenswelt des grünen Kapitals“ und „Lebenswelt des Engagements“ bezeichnet. Die Lebenswelt der Abwehr²⁸ sei von dem Wissen geprägt, dass der ökologische Zusammenbruch unaufhaltsam nahe. Dadurch entstehe indes nur selten Fatalismus²⁹, sondern häufiger der Wunsch nach starken Autoritäten: eine „zupackende Politik“, „geniales Unternehmertum“ oder eine „kompetente

²⁶ Ebd., S. 110.

²⁷ Ebd.

²⁸ Vgl. hierzu ebd., S. 131-151.

²⁹ Ebd., S. 134.

Wissenschaft“ sollen in dieser Weltsicht die „Reproduktionsprobleme der spätmodernen Gesellschaft“³⁰ lösen. Demgegenüber wünsche sich die Menschen in der Lebenswelt des grünen Kapitals³¹ einen schnelleren Transformationsprozess, der als antriebsstarker Motor der Ökonomie herbeigesehnt werde. Die Akteure in dieser Lebenswelt erhoffen sich von der Beschleunigung der Transformation nicht nur eine konsequente Bearbeitung des anthropogenen Klimawandels, sondern gleichfalls persönlichen und gesellschaftlichen Profit. In der Lebenswelt des Engagements³² herrsche schließlich das Selbstverständnis vor, dass „Selbstbescheidung“³³, also der individuelle Einsatz mit dem Ziel der Reduzierung des eigenen ökologischen Fußabdrucks, wichtiger sei als die dominante liberale Erzählung von materieller Selbstentfaltung. Doch all diese Lebenswelten befänden sich – so schlussfolgert Staab – in einer „Motivationskrise, also dem zweiten Untertypus der Identitätskrise“³⁴. Nach Staab fehlten den Ökomodernen, also jenen, die er eigentlich noch als Träger des ökoemanzipativen Projektes sieht, schlagkräftige politische Akteure, die eine kollektive Handlungsfähigkeit herstellen könnten. Zugespielt ließe sich sagen, dass den Ökomodernen aktuell die Fähigkeit einen Konflikt austragen zu können, fehle bzw. dass sie zumindest derzeit nicht in der Lage scheinen, in einen dynamischen Interaktionszusammenhang einzutreten, um überhaupt einen Konfliktverlauf in Gang zu setzen, der integrierende Potenziale freisetzen könnte. Auch wenn ein Ausgangspunkt der Analyse von Staab die Behauptung ist, dass das Erklärungsangebot von Blühdorn unzureichend sei³⁵, unterstreichen seine Befunde doch, dass Transformationskonflikte in der Spätmoderne weniger Ausdruck produktiver gesellschaftlicher Aushandlung, sondern vielmehr Symptome einer tieferliegenden Legitimationskrise sind, die sich bei den Ökomodernen als Motivations- und bei den antiökologischen Subjekten als Identitätskrise zeitigt. Damit haben letztlich auch für Staab zentrale Annahmen der Konfliktsoziologie über Gestaltbarkeit, Fortschritt und gesellschaftliche Integration an Überzeugungskraft verloren.

³⁰ Ebd., S. 135.

³¹ Vgl. hierzu ebd., S. 151-158.

³² Vgl. hierzu ebd., S. 158.169.

³³ Ebd., S. 162

³⁴ Ebd., S. 171.

³⁵ Ebd., S. 21f.

Etwas optimistischer hinsichtlich der Integrationskraft sozialer Konflikte argumentiert Sighard Neckel. Er entfaltet seine Gedanken aus einer lebenswelttheoretischen Perspektive, wobei sein Konzept der Lebensführung in zentralen Punkten an Staabs Lebensweltbegriff anschließt. In seinem Essay über Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt³⁶ verortet Neckel die soziale Konflikthaftigkeit von Nachhaltigkeit im Kampf „um Nachhaltigkeit als Streit um Lebensführung“³⁷. Mit Lebensführung bezeichnet Neckel – gestützt auf den Begriffsapparat von Max Weber – die „materielle und ethische Bewältigungsweise der jeweiligen Lebensbedingungen der rationalisierten Moderne“³⁸. Über Lebensführungen bilden Individuen Identitäten aus, markieren Gruppenzugehörigkeiten, nehmen symbolische Abgrenzungen vor und versuchen, ihre Lebenschancen zu sichern. Mit diesem Konzept verbindet Neckel – ähnlich wie Staab – ökonomisch geprägte soziale Lagen mit kulturellen, wertebasierten Präferenzen und entwickelt daraus eine integrative Erklärung unterschiedlicher Perspektiven auf Nachhaltigkeit. Jene Verschränkung, die in der Lebensführung sichtbar werde, erweist sich für Neckel insbesondere dafür als analytisch produktiv, den Dissens um „ökologische Wertsetzungen“ in seiner sozialen Verankerung erklärbar zu machen. Um Nachhaltigkeit organisieren sich soziale Konflikte, die sich offen in Debatten über Kohleförderung, Tierhaltung, Energieverbrauch sowie Auto- und Flugverkehr artikulieren. Der dynamische Interaktionszusammenhang um miteinander unvereinbare Zielvorstellungen wird somit sicht- und verhandelbar, wenn er sich in den jeweiligen Formen der Lebensführung zeigt. In Neckels Konzeption erscheint Nachhaltigkeit daher nicht nur als Konfliktgegenstand, sondern zugleich als potenziell integrierendes Leitbild. Diese integrative Wirksamkeit ist für Neckel jedoch ausdrücklich an politische und institutionelle Bedingungen gebunden, die eine demokratische Vermittlung konfligierender Lebensführungen ermöglichen. Er versteht Nachhaltigkeit als „Offizialnorm“, die weiterhin über eine „übergeordnete Anerkennung“ verfügt und keineswegs bereits historisch erschöpft ist³⁹, wie es Blühdorn vermutet. Daher fordert Neckel den Umgang mit Nachhaltigkeit „sowohl in der materiellen Reproduktion als auch im handlungspraktischen Ethos von Sozialgruppen“⁴⁰ empirisch in den Blick zu

³⁶ Sighard Neckel, „Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt.“, in: *Mittelweg* 36, (2020), 6, 82-100.

³⁷ Ebd., S. 84.

³⁸ Ebd., S. 85.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

nehmen. Gegen Lesarten, die Nachhaltigkeit primär als „Elitenprojekt“ deuten – eine Perspektive, die Neckel unter anderem Blühdorn zuschreibt –, betont er die Bedeutung der materiellen Ressourcen, welche die jeweilige Lebensführung überhaupt erst ermöglichen oder begrenzen würden.⁴¹

Aus konflikttheoretischer Perspektive ist ein Verdienst Neckels der Hinweis auf die Differenz zwischen Spannung und Spaltung. Spannungen versteht er als „Ausdruck latenter Konflikte“, während Spaltungen wiederum als „Steigerungsformen eines offenen sozialen Konflikts“⁴² gefasst werden, in denen die materiellen Interessengegensätze und Wertedissense ineinandergreifen und gesellschaftliche Zuspitzungen erzeugen. Nachhaltigkeitskonflikte sind für Neckel prototypische Fälle einer Überlagerung von Spannungen und Spaltungen. In Anlehnung an Albert O. Hirschmans Unterscheidung zwischen teilbaren und unteilbaren Konflikten argumentiert Neckel weiter, dass verhandlungsfähige, teilbare Konflikte – etwa um die Verteilung des Sozialprodukts – primär Spannungen hervorbringen, während unteilbare Konflikte im Bereich von Identitäten, Werten und Lebensführungen zur Spaltung tendieren.⁴³ Da Nachhaltigkeitskonflikten eine erhebliche „politische Sprengkraft“ innewohne⁴⁴, plädiert Neckel dafür, insbesondere jene konfliktiven Dimensionen politisch zu bearbeiten, die aktuell noch kompromiss- und verhandlungsfähig seien. Ein Fokus auf moralische Maßregelung von Lebensführungen oder auf ökologische Autoritarismen verschärfe hingegen Polarisierungsdynamiken in Nachhaltigkeitskonflikten. Neckel setzt auf die politische Mobilisierung gesellschaftlicher Bündnisse über Sozialgruppen hinweg, die Nachhaltigkeit auf jeweils unterschiedliche, lebensweltlich verankerte Weise in ihre Alltagspraxen integriert hätten.⁴⁵ Während Staab angesichts des diagnostizierten Verlusts eines handlungsfähigen politischen Subjekts grundlegende Zweifel an der Konfliktfähigkeit der Ökomodernen formuliert und damit von einer Erosion kollektiver Handlungsfähigkeit ausgeht, hält Neckel explizit an der Idee demokratisch vermittelbarer Konflikte fest. Doch gleichzeitig problematisiert er die Dynamik im

⁴¹ Ebd., S. 99.

⁴² Ebd., S. 96.

⁴³ Vgl. Albert O. Hirschman, „Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?“, in: *Leviathan*, 22 (1994) 2, S. 293-304.

⁴⁴ Neckel, „Der Streit um die Lebensführung“, S. 97.

⁴⁵ Ebd., S. 100.

Feld der Nachhaltigkeit, die durch den Fokus auf unteilbare Konflikte und Vorwürfe an die Modi der Lebensführung die Gefahr einer gesellschaftlichen Polarisierung erzeugt.⁴⁶

Neckel macht in seinem Beitrag außerdem darauf aufmerksam, dass in der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitskonflikten häufig ignoriert werde, dass „echte“ Nachhaltigkeit strukturelle Eingriffe in die Emissionsursachen erfordert, die tief in den wirtschaftlichen, technologischen und institutionellen Arrangements verankert sind.⁴⁷ Auf ein ähnliches Problem verweist Klaus Dörre. In seinen Arbeiten zum ökologischen Gesellschaftskonflikt betont er, dass ökologische Krisen nicht unabhängig von bestehenden Klassen-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen analysiert werden könnten.⁴⁸ Moderne kapitalistische Gesellschaften befänden sich nach Dörre aktuell in einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“, in der das zur sozialen Befriedung benötigte Wirtschaftswachstum zugleich ökologische Großgefahren produziere und damit die eigenen Reproduktionsgrundlagen unterminiere.⁴⁹ Transformationskonflikte verlaufen vor diesem Hintergrund nicht entlang einer einzigen Konfliktachse, sondern entstünden aus der Überlagerung eines eigenständigen ökologischen Gesellschaftskonflikts mit fortbestehenden Klassen- und Verteilungauseinandersetzungen, die differenziert empirisch analysiert werden müssen. Für Dörre ist deshalb nicht die individuelle Einstellung zum Klimawandel entscheidend, sondern die eigentumsbasierte Entscheidungsmacht über Produktionsprozesse, Investitionen und Transformationspfade.⁵⁰ Zudem knüpft er an die Konflikttheorie von Ralf Dahrendorf an, wenn er hervorhebt, dass soziale Konflikte erst dann wirkmächtig würden, wenn manifeste Interessengruppen bereit seien, sie in unterschiedlichen sozialen Feldern auszutragen.⁵¹ Anders als Staab, der den Zerfall

⁴⁶ Auch Hirschman betont, dass spätmoderne Gesellschaften üblicherweise mit teilbaren Konflikten konfrontiert waren und darauf ihre Routinen der Konfliktbearbeitung eingeübt haben. Heute würden jedoch zunehmend unteilbare Konflikte entstehen, die neue Bearbeitungsmodi erforderten, während wir ihnen noch mit überkommenen Mustern begegneten. Vgl. Hirschmann, §Wie viel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft, S. 302f.

⁴⁷ Neckel, S. 90.

⁴⁸ Klaus Dörre / Steffen Liebig / Kim Lucht / Johanna Sittel, „Klasse gegen Klima. Transformationskonflikte in der Autoindustrie“, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 34 (2024) 9-46, S. 11f.

⁴⁹ Vgl. Klaus Dörre, *Die Utopie des Sozialismus*. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin 2021, S. 61.

⁵⁰ Vgl. Dörre et al., „Klasse gegen Klima.“, S. 12, 43.

⁵¹ Ebd., S. 20.

kollektiver Handlungsfähigkeit diagnostiziert, sieht Dörre insbesondere in der Klimagerechtigkeitsbewegung weiterhin potenzielle Träger transformativer Konfliktaustragung.⁵²

Dörre widerspricht damit Deutungen, die Nachhaltigkeitskonflikte primär als kulturelle Wertkonflikte oder moralische Polarisierungen fassen und deren strukturelle Verankerung in Arbeits-, Produktions- und Eigentumsverhältnissen vernachlässigen. Zugleich hält er – im Unterschied zu stärker pessimistisch grundierten Diagnosen – an der Möglichkeit konfliktvermittelter Transformation fest und plädiert für die Repolitisierung der Nachhaltigkeit, um die „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“ bearbeitbar zu machen. Damit wird auch deutlich, dass Dörre offenbar die Idee der Nachhaltigkeit nicht so stark mit dem emanzipativen Subjekt verbindet, wie Blühdorn in seiner Idealfigur des Trägers des ökoemanzipativen Projektes. Ob ökologische Konflikte jedoch transformativ wirken können, hängt für Dörre – ähnlich wie bei Neckel – wesentlich davon ab, ob es gelingt, „unkonventionelle Allianzen“⁵³ zu schmieden. Damit meint Dörre kollektive Akteure wie Gewerkschaften, Betriebsräte oder sozialstaatliche Institutionen mit jenen zusammenzuführen, die wirtschaftliche Verantwortung tragen oder über Vermögens- und Kapitalbesitz verfügen und einen „interventionsfähigen Staat“⁵⁴ fordern, der – wie Dörre mit seinem Team an dem empirischen Beispiel der Autoindustrie herausarbeitet – ihnen Sicherheit für ihre eingebrachten Investitionen in die bisher eingeleiteten Transformationsprozesse bieten und diese Funktion auch zukünftig übernehmen soll. Solche über Klassengrenzen hinweg reichenden Allianzen müssten in die Aushandlung ökologischer Umbauprozesse eingebunden werden, um soziale Sicherheiten im Wandel zu gewährleisten.

Nachhaltigkeitskonflikte erscheinen bei Dörre nicht als Ausdruck eines generellen Verlusts kollektiver Handlungsfähigkeit, sondern als umkämpfte Arenen, in denen sich entscheide, ob ökologische Transformation sozial abgefedert, demokratisch vermittelt und politisch mehrheitsfähig gestaltet werden könne. Die Bearbeitung dieser Konflikte dürfe sich aus seiner Sicht nicht nur – wie bei Neckel – auf die teilbaren Konflikte konzentrieren, sondern müsse alle konfliktiven Dimensionen adressieren, um die Mechanismen der „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ überhaupt sichtbar zu machen. Schärfere

⁵² Dörre, *Die Utopie des Sozialismus*, S. 24.

⁵³ Ebd., S. 43

⁵⁴ Ebd., S. 42.

formuliert ließe sich sagen, dass Dörre für eine bewusste Verschärfung respektive Dynamisierung der ökologischen Konfliktodynamik plädiert. Damit zeigt sich: Dörre ist hinsichtlich des Projektes der Nachhaltigkeit deutlich optimistischer als Blühdorn und sieht – anders als Staab – weiterhin soziale Träger, welche die Frage der Nachhaltigkeit vorantreiben könnten. Bemerkenswert ist zudem, dass die De- und Postgrowth-Bewegungen, auf die Dörre als relevante Kraft der Krisenbearbeitung verweist, innerhalb von Staabs Analyse der Ökomodernen – also insbesondere der von ihm beschriebenen Lebenswelt der Abwehr – kaum als kraftvolle Akteure anerkannt werden. Vielmehr richtet sich die verbliebene Hoffnung der Ökomodernen auf institutionelle Funktionsträger aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Auch wenn Dörre in seinem Essay als zukünftiges Gesellschaftsmodell einen „nachhaltigen Sozialismus“ präferiert, konzentriert er sich in seinen Reformperspektiven – ebenso wie Neckel – vor allem auf strukturelle Umbauten im wirtschaftlichen Bereich. Demgegenüber setzt Felix Heidenreich an der politischen Ordnung selbst an: Er richtet den Fokus auf eine Verschiebung demokratischer Prinzipien von einer liberalen hin zu einer republikanischen Konzeptualisierung, um einen Beitrag zur „Repolitisation des Nachhaltigkeitsbegriffs“⁵⁵ zu leisten. Letztlich möchte er damit auch eine Weiterentwicklung der Demokratie vorantreiben und die Politik der nachhaltigen Transformation von dem Vorwurf entlasten, sie ließe sich nur mit autoritären Mitteln durchsetzen. Ein weiteres Anliegen Heidenreichs ist es, die politische Umkämpftheit der konkreten Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels sichtbar zu machen, da die Herstellung der Nachhaltigkeit für ihn weit mehr als eine technische Herausforderung darstellt. Die gesellschaftliche Zielsetzung der Nachhaltigkeit gilt ihm als gesetzt und nicht verhandelbar. Heidenreich hat demzufolge – anders als Blühdorn und Staab – die Nachhaltigkeit und ihre Konflikthaftigkeit nicht aufgegeben, sondern hält an deren emanzipatorischem Gehalt fest. Heidenreich betont, dass dies keine leichte Aufgabe sei, da – entgegen der weit verbreiteten Annahme – die Durchsetzung der Nachhaltigkeit Effekte auf das demokratische Institutionensetting habe und demzufolge nicht demokratieneutral sei.⁵⁶ Darüber hinaus fehle zur Durchsetzung der Nachhaltigkeit – da scheint er die Diagnose von Blühdorn und Staab zu teilen – ein tragfähiges politisches Subjekt. In die weltweit

⁵⁵ Felix Heidenreich, *Nachhaltigkeit und Demokratie*. Eine politische Theorie, Berlin 2023, S. 12.

⁵⁶ Vgl. S. 14.

agierende jugendliche Fridays-for-Future-Bewegung setzt er deutlich weniger Hoffnung als Dörre.⁵⁷ Ernüchtert wie Staab konstatiert er zudem eine Dominanz dystopischer Zukunftsbilder innerhalb der Umweltbewegung,⁵⁸ die einer nachhaltigen Bearbeitung der Krisensituation gleichfalls im Weg stünden.

Neben diesen in der Nachhaltigkeit⁵⁹ selbst angelegten Hemmschuhen für ihre Durchsetzung beschäftigt sich Heidenreich – ähnlich wie Blühdorn – auch aus theoretischer Perspektive mit der Frage, warum angesichts der ökologischen Krise zu wenig geschieht. Dafür rekonstruiert er aus der politischen und soziologischen Theorie fünf Erklärungslinien: Erstens verfüge der „nachhaltige Mensch“ kaum über kulturell etablierte Leitbilder eines guten Lebens, an denen er sich orientieren könne, während das nicht-nachhaltige Subjekt seinen Lebenssinn weiterhin aus konsum- und erlebnisorientierter Ressourcenvernutzung beziehe.⁶⁰ Zweitens könne die ökologische Krise auch als moralische Krise gedeutet werden.⁶¹ Die nachhaltigen Handlungsweisen scheiterten trotz zahlreicher moralischer Appelle, weil die Theorien eines nachhaltigen Lebens sowohl überhöhte moralische Ansprüche formulierten als auch die Handlungsfähigkeit der Subjekte systematisch überschätzten.⁶² Selbst dort, wo nachhaltiges Verhalten gelänge, bleibe es auf individueller Ebene beschränkt; es fehle an „Strukturen, Institutionen und politischen Setzungen, die Kooperation im Sinne der Nachhaltigkeit ermöglichen und fordern“⁶³. Drittens könne – so Heidenreich mit Verweis auf Niklas Luhmann – die funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften erklären, warum angesichts ökologischer Krisen kaum wirksame Steuerung gelinge: Aus Perspektive der Systemtheorie sind systemübergreifende Steuerungsbemühungen selten

⁵⁷ Vgl. S. 17.

⁵⁸ Vgl. S. 18.

⁵⁹ Nachhaltigkeit ist auch für die hier behandelten Autoren weniger ein eindeutiger, mit klaren Inhalten gefüllter Zielbegriff als vielmehr ein umkämpfter Deutungsrahmen, in dem unterschiedliche Interessen, Gerechtigkeitsvorstellungen und Transformationspfade miteinander ringen. Bei aller Pluralität ist der Begriff jedoch normativ begrenzt: Formen des Wirtschaftens und Lebens, die auf dauerhaft übermäßigen Ressourcenverbrauch oder hohe CO₂-Emissionen angewiesen sind, widersprechen dem Anspruch inter- und intragenerationeller Schonung natürlicher Lebensgrundlagen und können folglich nicht als nachhaltig gelten.

⁶⁰ Vgl. S. 60. Integrierend ließe sich formulieren, dass der von Staab rekonstruierten „Lebenswelt des Engagements“ der Ökomodernen breit anschlussfähige Sinnhorizonte fehlen.

⁶¹ Ebd., S. 36.

⁶² Ebd., S. 41.

⁶³ Ebd., S. 41.

erfolgreich. Zugleich kritisiert Heidenreich an diesem Erklärungsangebot, dass die jeweiligen Operationen innerhalb der Subsysteme durchaus für die anderen Systeme transparent seien und Nachhaltigkeitspolitik als „strukturelle Koppelung“ zwischen den Systemen implementierbar wäre, wenn neue „Institutionen, Verfahren und Techniken“ in den Blick kämen.⁶⁴ Viertens macht Heidenreich mit Hilfe spieltheoretischer Einsichten darauf aufmerksam, dass Akteure, die ihren Ressourcenverbrauch freiwillig beschränkten, langfristig in die gesellschaftliche Verlustzone gerieten, solange niemand den Verbrauch „kollektiv bindend“⁶⁵ reguliere. Damit stelle sich unmittelbar die Frage nach der demokratischen Legitimation solcher Eingriffe und nach dem Verhältnis zwischen Gemeingütersteuerung und demokratischen Prozessen.⁶⁶ Fünftens nimmt Heidenreich die verhaltensökonomische Perspektive auf Angebotsstrukturen in den Blick. Praktiken des „Nudging“ zeigten, dass Individuen bereits heute in ihrem Verhalten beeinflusst würden – vielfach unbewusst und der demokratischen Kontrolle entzogen⁶⁷. Angesichts des engen Wechselverhältnisses von institutionellen Anreizstrukturen und mentalen Infrastrukturen müsse diese Form der Verhaltenssteuerung jedoch demokratisch rückgebunden werden.

Für Heidenreich ist die Umsetzung der Nachhaltigkeit demzufolge nicht prinzipiell unmöglich, jedoch unter den Bedingungen der liberalen Demokratie schwer erreichbar, da dieser sowohl Defizite auf individueller Ebene der Motivation als auch auf institutioneller Ebene des politischen Institutionengefüges eingeschrieben seien. „Versteht man Politik nämlich als Gestaltung von Lebenswelten, so wird erkennbar, inwiefern eine klassisch liberale Konzeption mit ihrer scharfen Trennung zwischen privaten und öffentlichen Entscheidungen in zunehmenden Maße unplausibel wird.“⁶⁸ Die vermeintlich private Lebensweise – Wohnen, Wärme, Ernährung, Mobilität – wird unter der Zielsetzung der Nachhaltigkeit

⁶⁴ Ebd., S. 43.

⁶⁵ Ebd., S. 46.

⁶⁶ Ebd., S. 48.

⁶⁷ Nudging meint die gezielte Gestaltung von „Entscheidungsarchitekturen“, die Menschen in vorhersehbarer Weise zu bestimmten Entscheidungen anstößt, ohne ihnen Handlungsoptionen zu verbieten oder materielle Anreize zu stark zu verändern. Vgl. Richard H. Thaler / Cass R. Sunstein, *Nudge. Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness*, New Haven 2008.

⁶⁸ Ebd., S. 63.

zum Gegenstand politischer Regelungen.⁶⁹ Diese funktionieren, und das ist für Heidenreich wichtig, jedoch nicht nur über Verbote, sondern auch über Anreizsysteme und veränderte Infrastrukturen. Deshalb fordert er eine republikanische Neuorientierung demokratischer Institutionen. Um dies zu verdeutlichen, rekonstruiert er das Konzept der Lebenswelt als Gefüge dreier ineinandergreifenden Dimensionen: technisch-materielle Infrastrukturen (Dinge, Geräte, „Entscheidungsarchitekturen“, die unser Handeln ermöglichen und prägen), sozial-kulturelle Infrastrukturen (Normen, Rollenmodelle, Deutungsmuster und kollektive Vorstellungen darüber, wie man leben sollte) und individuell-mentale Infrastrukturen (Gewohnheiten, Werte, Selbstbilder und Lebensideale, die Menschen internalisiert haben). Lebenswelten sind damit nicht rein subjektiv, sondern sozial vermittelt, materiell gestützt, institutionell gerahmt sowie latent wirksam, also meist „unthematisch, aber immer thematisierbar“⁷⁰. Lebenswelten müssen nicht konsistent sein; vielmehr entstünden Veränderungen durch Irritationen und anschließende Anpassungsprozesse.⁷¹ Aufgabe der Politik sei es daher „den Rahmen des Selbstverständlichen selbst zu verändern und Lebenswelten zu gestalten“.⁷²

Eine ernsthafte Nachhaltigkeitspolitik müsse folglich Nachfrage einhegen, bestimmte Lebensstile erschweren oder fördern, Infrastrukturen umbauen und damit technische, mentale und soziokulturelle Infrastrukturen gezielt verändern. Damit diese gesellschaftliche Neuordnung nicht als autoritärer Paternalismus wahrgenommen werde, bedürfe sie einer starken Input-Legitimation – etwa durch die stärkere verfassungsrechtliche Verankerung von Nachhaltigkeitszielen, sowie durch verbindliche Experten- und Bürgerräte. Heidenreich illustriert diese Überlegungen anhand der Bereiche Verbraucherdemokratie (Konsum könne aufgrund ungleicher Ressourcenverteilung kein Demokratieersatz sein; Entscheidungsarchitekturen müssten demokratisch gestaltet werden), Mobilität (statt einem unhinterfragten Leitbild „mehr Mobilität“ müsse gefragt werden, welche Geschwindigkeiten, Reichweiten und Emissionen gewünscht und ökologisch tragfähig seien) sowie digitaler Lebenswelten (Demokratie benötige vertrauenswürdige Institutionen der Tatsachenfeststellung, um digitale Gouvernamentalität von heteronomer Fremdkontrolle zu unterscheiden). Der „Republikanismus der Nachhaltigkeit“ solle

⁶⁹ Ebd., S. 64.

⁷⁰ Ebd., S. 77.

⁷¹ Ebd., S. 81.

⁷² Ebd.

„an die Selbstwirksamkeit von Bürgerinnen und Bürgern appellieren, subsidiäre Sphären der kollektiven Autonomie schaffen und ‚große Transformation‘ als eine Herausforderung rahmen, die gerade die Kreativität und Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern notwendig macht [...]. In der gemeinsamen Gestaltung von Lebenswelten verringern sie [andere mentale Infrastrukturen oder Subjektivierungen] quantitative Freiheit, steigern jedoch qualitative Freiheit.“⁷³

Heidenreich, Dörre, Neckel, Staab und Blühdorn teilen die Diagnose, dass sich moderne Gesellschaften in einem tiefgreifenden ökologischen Transformationskonflikt befinden, unterscheiden sich jedoch deutlich darin, welchen Stellenwert sie dem gesellschaftlichen Leitbegriff der Nachhaltigkeit insgesamt einräumen, wie sie Konfliktdynamiken erklären, welche Träger sie für die Veränderung identifizieren und wie sie politische Gestaltungsfähigkeit einschätzen. Für Blühdorn liegen die Ursachen der Transformationskonflikte in einer tiefgreifenden Erosion moderner Normativität und im Kollaps des ökoemanzipatorischen Projektes. Staab wiederum erkennt einen Verlust kollektiver Handlungsfähigkeit in spätmodernen Lebenswelten, dem eine Identitäts- und Motivationskrise vorausgeht. Neckel verortet Konflikthaftigkeit vor allem in der Lebensführung: in unteilbaren Wertgegensätzen, die Polarisierung erzeugen. Dörre erklärt ökologische Konflikte aus strukturellen Blockaden durch Eigentum, Klassenmacht und Wachstumszwang. Heidenreich schließlich diagnostiziert institutionelle Grenzen der liberalen Demokratie, die einer Politisierung und damit Realisierbarkeit von Nachhaltigkeit im Wege stehen. Daraus folgt, dass Nachhaltigkeit für Blühdorn – und bei Staab zumindest temporär – ein historisch erschöpftes Projekt ist, während Neckel, Dörre und Heidenreich angesichts der ökologischen Notwendigkeit weiterhin am normativen Anspruch der Nachhaltigkeit festhalten. Damit ist Nachhaltigkeit an sich nicht verhandelbar, sondern ein gesellschaftliches Leitziel.

Um überhaupt darüber nachdenken zu können, welche produktiven Faktoren möglicherweise von einem Transformationskonflikt ausgehen könnten, muss die Frage nach dem politischen Subjekt, also den Trägern respektive Akteuren des Konflikts, beantwortet werden. Blühdorn sieht keine Träger der Transformation mehr, Staab sammelt empirisch Hinweise darauf, dass die Ökomodernen als potenzielle Subjekte des ökoemanzipatorischen Projektes aufgrund von Motivationskrisen ausfallen. Neckel hingegen erkennt verschiedene soziale Gruppen, die Nachhaltigkeit auf je eigene Weisen in ihre

⁷³ Ebd., S. 235.

Lebenswelt integrieren und potenziell über Bündnisse zusammenschließ- und aktivierbar wären. Dörre betont die Notwendigkeit „unkonventioneller Allianzen“, die Gewerkschaften, Betriebsräte, Klimabewegungen und kapitalstarke Akteure einbeziehen. Heidenreich wiederum setzt auf Bürgerinnen und Bürger, die in republikanisch erneuerten Institutionen kollektive Autonomie praktizieren und Lebenswelten politisch mitgestalten. Im Vergleich zu Blühdorn und Staab, die eher die Blockierung oder Erosion der konfliktvermittelten Integrationskraft im Feld der Nachhaltigkeit betonen, halten Neckel, Dörre und Heidenreich an der Möglichkeit produktiver Konfliktbearbeitung fest – allerdings unter verschiedenen Bedingungen: indem Nachhaltigkeitskonflikte auf verhandelbare Dimensionen ausgerichtet werden (Neckel), indem ihre klassenpolitische Struktur ernst genommen wird (Dörre) und indem die demokratischen Institutionen selbst republikanisch umgestaltet und lebensweltlich verankert werden (Heidenreich).

Ist die gesellschaftliche Debatte um Nachhaltigkeit ein polarisiertes Konfliktfeld?

Neben den bisher diskutierten Perspektiven, die sich explizit mit den gesellschaftlichen Herausforderungen der Nachhaltigkeit und der damit einhergehenden (angestrebten) / sozialökologischen Transformation auseinandersetzen, hat sich in den vergangenen Jahren eine weitere Debatte intensiviert: die Frage, ob dieses Themenfeld bereits Anzeichen einer gesellschaftlichen Polarisierung zeigt. Emily Drewing und Julia Zilles verweisen darauf, dass sowohl repräsentative Umfragedaten als auch qualitative Einzelstudien und öffentliche Diskurse deutliche Hinweise auf Polarisierungstendenzen im Feld der Nachhaltigkeit – insbesondere im Kontext der Energiewende – erkennen lassen.⁷⁴ Polarisierung bezeichnet zunächst eine fortgeschrittene Entwicklungsphase eines Konfliktes.⁷⁵ Sie setzt voraus, dass ein vormals latenter Konflikt offen ausgetragen wird, eine gesellschaftliche „Zuspitzung“ erfahren und

⁷⁴ Emily Drewing / Julia Zilles: „‘We want to have this debate.’ Exploring intersections of participation and polarization in the *Energiewende*.“, in: *Political Research Exchange*, 7 (2025) 1, <https://doi.org/10.1080/2474736X.2025.2557316>. Ähnlich auch: Hilde Coffé / Sam Crawley / Josh Givens: „Growing Polarisation. Ideology and Attitudes towards climate change, in: *West European Politics*, 49 (2026) 1, 1-29, <https://doi.org/10.1080/01402382.2024.2435727>.

⁷⁵ Vgl. Johann Galtung, *Frieden mit friedlichen Mitteln*. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen 1998.

sich von einer zunächst multipolaren Konstellation hin zu einem bipolaren Konfliktsystem entwickelt hat – sowohl hinsichtlich der Konfliktparteien als auch der relevanten Themen.⁷⁶ Es vollzieht sich eine Bündelung unterschiedlicher Themen zu einem Oberthema und eine Reduzierung vormals ausdifferenzierter Präferenzen und Gruppen zu zwei Lagern. Polarisierung ist kein Zustand, sondern ein Prozess, in dem die Konfliktparteien nicht nur die Themen entlang zweier Pole ordnen, sondern zunehmend auch soziale Gruppen in die bipolare Struktur miteinbeziehen, die zuvor nicht aktiv am Konflikt beteiligt waren (die Unbeteiligten). In diesem Prozess geht es weniger darum, die tatsächliche Positionierung externer Akteure empirisch präzise nachzuvollziehen. Entscheidend ist vielmehr, dass durch diese Zuordnung ein reduktionistisches Deutungsmuster entsteht, das Orientierung bieten und entlastend wirken kann – zugleich jedoch die komplexe Gemengelage des Konflikts in ein dualistisches Schema überführt.⁷⁷

Während Polarisierung also im engeren konfliktsoziologischen Sinne die strukturelle Zuspitzung eines Konflikts beschreibt, verweist der Begriff der affektiven Polarisierung auf eine emotionale Vertiefung dieser Spaltung. Zentral ist hier nicht primär die inhaltliche Distanz, sondern die affektive Aufwertung der Eigengruppe und Abwertung der Fremdgruppe am jeweils anderen Ende des Konfliktpols. Die Gegenseite wird negativ stereotypisiert, häufig auch als gefährlich, moralisch defizitär oder illegitim wahrgenommen, während die eigene Gruppe emotional aufgewertet und als einzig authentischer Vertreter legitimer Interessen imaginiert wird.⁷⁸ Damit ergänzt affektive Polarisierung die strukturelle Polarisierung um eine subjektive, wahrnehmungsbezogene Dimension, in der nicht nur die Konfliktgegenstände, sondern vor allem das Gegenüber selbst zum zentralen Problem wird. Die Forschungsgruppe um Sven Hutter hält fest, dass die Herausbildung einer affektiven Polarisierung umso wahrscheinlicher wird, wenn gesellschaftliche Krisen auf strukturelle Veränderungen wie die Zunahme sozialer Ungleichheiten und den Wandel der Medienlandschaft sowie die Fortschreitung der Individualisierung und

⁷⁶ Vgl. Nils Kumkar / Uwe Schimank 2025, „Gesellschaftliche Polarisierung und soziologische Positionierung“, in: *Soziologie*, 54 (2025) 1, 7-33, hier S. 11f.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 12.

⁷⁸ Vgl. Swen Hutter / Hanna Schwander / Jule Specht / Christian von Scheve: „Coping with affective polarization: A Research Programm“, in: *WZB Discussion Paper*, ZZ 2025-602, online abrufbar unter: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2025/zz25-602.pdf> [zuletzt eingesehen am 15.12.2025]. Hutter et al. sprechen von einer Differenz zwischen affektiver und ideologischer Polarisierung, womit sie die inhaltliche Unterscheidung in politischen Differenzen meinen.

Abnahme sozialer Bindungen in Großorganisationen wie Kirchen, Parteien und Gewerkschaften treffen. Die affektive Polarisierung werde dann zu einem Problem für liberale Demokratien, wenn große Teile der Bevölkerung davon erfasst werden, politische Positionen und Ideologien sich mit dem bipolaren sozialen Konflikt überschneiden, Empathie und Kompromissfähigkeit als gesellschaftliche Ressourcen fehlen und infolgedessen eine Entmenschlichung der Konfliktgegner einsetzt. Dabei ist nicht die Aufwertung der Eigen- und Abwertung der Fremdgruppe an sich das wesentliche Problem. Schwierig wird es insbesondere dann, wenn diese Beurteilungen Effekte auf Emotionen, Einstellungen und soziales Verhalten zeitigen. Demzufolge liegt das Hauptaugenmerk der affektiven Polarisierung auf den desintegrierenden Folgen einer zugespitzten, emotional aufgeladenen Konfliktsituation. Ein affektiv polarisierter Konflikt könne kaum positive Effekte zeitigen, da rationale Deliberation und der Austausch sachlicher Argumente sowie die Fähigkeit zu Kooperation und Kompromiss in der erregten Debatte verloren gingen.⁷⁹

Nils Kumkar ergänzt diese Perspektive der affektiven und strukturellen Aspekte der Polarisierung um einen Blick auf die Eigenlogik, die Polarisierung im öffentlichen Diskurs und im Erleben der Menschen annehme.⁸⁰ Er versteht Polarisierung als „kommunikatives Ordnungsmuster“⁸¹, mit dem ein allgemeines „Unbehagen an der Gesellschaft ausgedrückt“ wird.⁸² Zugleich interpretiert er Polarisierung als ein Phänomen, das sich in demokratischen Gesellschaften nahezu zwangsläufig einstellt, weil es auf die Überforderung durch ihre zunehmende Komplexität reagiert.⁸³ Durch binäre Deutungen werden die unübersichtlichen Situationen handhabbar gemacht. Wo viele Stimmen, Themen und Erwartungen aufeinandertreffen, biete die polarisierte Zuspitzung eine Form der Orientierung, die Kommunikationsprozesse vereinfacht und stabilisiert. Polarisierung stellt in diesem Sinne eine Mechanik der Konfliktdeutung dar, die es erlaubt, diffuse Gefühle des Unbehagens – etwa zu gesellschaftlichem Wandel oder den Herausforderungen im Feld der Nachhaltigkeit – in klar oppositionelle Figurationen zu übersetzen. Kumkar blendet mit diesem realistischen Zugang jedoch nicht aus, dass aus dem

⁷⁹ Ebd. S. 2.

⁸⁰ Nils Kumkar: *Polarisierung. Die Ordnung der Politik*, Berlin 2025.

⁸¹ Ebd., S. 39.

⁸² Ebd., S. 57.

⁸³ Ebd., S. 110.

Ordnungsmuster der Polarisierung durchaus destruktive Effekte erwachsen können. So ersetzt die Kommunikation über Polarisierung häufig die Auseinandersetzung mit den ursächlichen Konflikten und ihren sachlichen Gegenständen. Kommunikation „unter Maßgabe eines zugrundeliegenden Konfliktes“⁸⁴ über Polarisierung führe demnach weg von der Bearbeitung des Konflikts selbst, und vor allem hin zu einer Diskussion darüber, wie mit Polarisierung umzugehen sei. Damit kann Polarisierung – als Semantik wie als kommunikative Praxis – Konfliktbearbeitung nicht nur strukturieren, sondern auch blockieren. Entscheidend ist jedoch, dass sowohl Kumkar als auch Hutter und Kollegen strukturelle Bedingungen identifizieren, die eine Polarisierung der Nachhaltigkeitsdebatte wahrscheinlicher werden lassen (dazu gehören beispielsweise bestimmte Konstellationen im Parteiensystem).

Inwiefern sich die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel jedoch tatsächlich zu einem polarisierten Konfliktfeld entwickeln, ist eine empirische Frage, mit der sich prominent und viel beachtet Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuer auseinandersetzen.⁸⁵ Sie unterscheiden zwischen einem „dünnen“ Polarisierungsbegriff, der lediglich zunehmende Einstellungsunterschiede beschreibt, und einem „dicken“ Verständnis, das – im Sinne der Cleavage-Theorie – stabile gesellschaftliche Spaltungslinien voraussetzt. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelten die Cleavage-Theorie, um die Entstehung und Stabilität westlicher Parteiensysteme zu erklären, die sich im Zuge von Nationalstaatsbildung, Säkularisierung und Industrialisierung herausbildeten. Dabei identifizierten sie vier historische Konfliktlinien (Zentrum/Peripherie, Staat/Kirche, Arbeit/Kapital und Stadt/Land). Parteien verstetigten diese Spaltungen (Cleavages), indem sie sie kontinuierlich mobilisierten. Ein voll ausgebildeter gesellschaftlicher Cleavage setzt gemäß der gängigen analytischen Fassung drei Elemente voraus: ein kohärentes politisches Narrativ (Einstellungen), klar unterscheidbare soziale Trägergruppen (Struktur) und Organisationen, die dieses Narrativ im politischen Wettbewerb aktivieren (Institutionen).⁸⁶ Mit dem Wandel der Sozialstruktur, dem Niedergang klassischer Milieus und den Folgen der Globalisierung ging

⁸⁴ Ebd., S. 164.

⁸⁵ Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuer: *Triggerpunkte*. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

⁸⁶ Vgl. Nina Kerker / Lucas Kuhlmann / Stine Marg / Annemieke Munderloh / Christopher Schmitz: *Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens*. 2. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), 2023, online abrufbar unter: https://univerlag.uni-goettingen.de/bitstream/handle/3/isbn-978-3-86395-600-4/Fodex_Studie_13.pdf?sequence=1&isAllowed=y [zuletzt eingesehen am 15.12.2025], hier S. 8

die Erklärungskraft der traditionellen Cleavages zum Ende des 20. Jahrhunderts verloren. Wertorientierungen und die sogenannten GAL-TAN-Dimensionen⁸⁷ traten in den Vordergrund: einerseits universalistisch-ökologische, egalitäre Positionen, andererseits autoritär-traditionelle und nationalstaatliche Präferenzen. Neuere Forschungen zeigen, dass nicht nur die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen, sondern vor allem die gesellschaftlichen Gegenreaktionen darauf die Grundlage eines neuen kulturellen Cleavages bilden. Institutionell schlägt sich dies sowohl in linken, postmaterialistischen als auch in rechtspopulistischen Parteigründungen nieder, wobei die sozialstrukturelle Fundierung schwächer bleibt als bei den historischen Cleavages. Die heutige Spaltung wird häufig als Kosmopolitismus versus Kommunitarismus oder Universalismus versus Partikularismus gefasst⁸⁸. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch der Konflikt um Nachhaltigkeit, Klimawandel und ökologische Transformation cleavagetheoretische Relevanz: Hier kollidieren globale wissenschaftsorientierte und umweltpolitische Ansprüche mit wachstumsorientierten, sicherheits- und identitätsbezogenen Perspektiven, die ökologische Regulierung als Bedrohung ökonomischer Stabilität, regionaler Lebensweise und nationaler Souveränität interpretieren.

Daran knüpfen Mau, Lux und Westheuser an, indem sie – ohne die institutionelle Ebene einzubeziehen – gezielt das Verhältnis zwischen sozialer Struktur und politischer Positionierung analysieren.⁸⁹ Ihr Fokus liegt dabei auf Konflikten, in denen die ungleiche Verteilung sozialer, ökonomischer und rechtlicher Güter zentral ist.⁹⁰ Darunter fallen unter anderem die sogenannten „Heute-Morgen-Ungleichheiten“, also Auseinandersetzungen um ökologische Güter und umweltbezogene Belastungen. Ob in dieser „Ungleichheitsarena“¹ der Umwelt- und Klimapolitik bereits Polarisierungstendenzen erkennbar sind, ist eine zentrale Fragestellung der Autoren. Die Autoren untersuchen ob in dieser

⁸⁷ Vgl. grundlegend hierzu: Liesbeth Hooghe / Gary Mark / Carole J. Wilson: „Does left/right structure party positions european integration?“, in: *Comparative political party studies*, 35 (2002) 8, S. 965-989.

⁸⁸ Vgl. zur Spaltung zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus: Hanspeter Kriesi et al.: *Political Conflict in Western Europe*, Cambridge 2012, sowie zum Universalismus-Partikularismus-Divide: Simon Bornschieer / Silja Häusermann / Delia Zollinger / Céline Colombo, Céline, „How “Us” and “Them” relates to voting behavior—social structure, social identities, and electoral choice“, in: *Comparative Political Studies*, 54 (2021) 12, S. 2087–2122. <https://doi.org/10.1177/0010414021997504>

⁸⁹ Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuser, *Triggerpunkte*, S. 14.

⁹⁰ Ebd., S. 37.

„Ungleichheitsarena“⁹¹ der Umwelt- und Klimapolitik bereits Polarisierungstendenzen erkennbar sind. Analytisch arbeiten sie mit dem Konzept der „Triggerpunkte“, also jenen Stellen, an denen Konsens ins Dissens umschlagen kann, an denen Konflikte emotionalisiert werden und an denen normative Differenzen sichtbar werden.⁹² Triggerpunkte markieren „Sollbruchstellen“ gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, an denen sich „zentrale Hintergrunderwartungen, normative Differenzen und unbewältigte Auseinandersetzungen“⁹³ offenbaren. Mit anderen Worten: Triggerpunkte können Polarisierung auslösen. Hinsichtlich der „umweltpolitische[n] Heute-Morgen-Arena“ kommen die Autoren jedoch zu dem Schluss, dass sie „als Konfliktfeld erst im Entstehen und noch nicht vollständig konturiert“ sei⁹⁴. Es bestehe ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass der Klimawandel ein ernstes Problem darstellt und nachhaltige Lebensweisen geboten sind. Uneinigkeit herrsche jedoch darüber, wie nachhaltige Lebensweisen konkret aussehen sollen und welche Klimawandelherausforderungen vorrangig behandelt werden müssen. Während die einen die Folgen des Klimawandels wie Naturzerstörung und Extremwetter als zentrale Gefahr wahrnehmen würden, sähen andere in den sozioökonomischen Verwerfungen infolge der sozial-ökologischen Transformation die größte Bedrohung. Dementsprechend spannten sich die Pole zwischen jenen, die politische Maßnahmen als unzureichend und zu langsam kritisieren und jenen, denen die Transformation zu schnell voranschreitet und die Deutschland bereits als ökologischen Vorreiter begreifen, auf.⁹⁵ Sozialstrukturell zeige sich eine deutliche Differenz: Die akademischen Mittelschichten stünden klimapolitischen Eingriffen offener gegenüber als Dienstleistungs- und vor allem Produktionsarbeitende. „Insbesondere die letztgenannten Arbeiter, die häufig in karbonintensiven Sektoren beschäftigt sind, heben sich hier mit ihrer klimapolitisch zurückhaltenden Position ab.“⁹⁶ Befunde, die sich mit den Erkenntnissen von Dörre decken.

Mau, Lux und Westheuser widersprechen mit ihren empirischen Analysen der These eines voll ausgebildeten ökologischen Cleavages. Ökologische Konflikte erscheinen ihnen vielmehr als ein

⁹¹ Ebd., S. 53.

⁹² Ebd., S. 24.

⁹³ Ebd., S. 278.

⁹⁴ Ebd., S. 26.

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 241.

⁹⁶ Ebd., S. 293.

entstehendes Konfliktfeld, das stärker durch Verteilungsfragen und zeitliche Strukturierung geprägt ist als durch stabile soziale Lager.⁹⁷ Zugleich erklären sie, wie ihre Befunde mit der insgesamt dominanten Polarisierungsdiagnose vereinbar sind: Zwar existierten Konflikte, sie verliefen jedoch nicht entlang zweier gesamtgesellschaftlich abgegrenzter Blöcke. Vielmehr zeige sich eine „Dromedar- statt Kamelgesellschaft“⁹⁸ – die große gesellschaftliche Mitte sei weniger polarisiert, während an den politisierten Rändern lautere, teils radikalisierte Mobilisierungsformen entstünden. Diese „lauten“ Ränder erzeugten den Eindruck einer gespaltenen Gesellschaft, obwohl die Mitte eher entideologisiert und nur schwach parteipolitisch gebunden und damit weniger hörbar sei.⁹⁹ Prägnant formuliert, kommen Mau, Lux und Westheuser zu dem Schluss, dass eine Polarisierungsillusion vorliegt: Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Spaltung verstärke sich selbst, ohne dass sie sozialstrukturell tatsächlich ausgeprägt sei. Mit ihren Befunden sind die Autoren insgesamt nahe an den theoretischen Überlegungen von Kumkar, dass die Polarisierungsdiagnose als Modus der politischen Kommunikation vielmehr performative Wirkung erzeuge denn als vollausgebildete Konfliktlinie vorliege. Potenziert werde dies durch den antagonistischen Gegensatz zweier starker politischer Akteure, der AfD und den Grünen, die die umwelt- und nachhaltigkeitsbezogenen Konflikte zuspitzten und öffentlichkeitswirksam politisierten. Durch den Verlust der Bindungen an Großorganisationen öffneten sich „Türen für eine stimmungsgetriebene Affektpolitik, die Polarisierungsunternehmer gewinnbringend zum Einsatz bringen“¹⁰⁰.

Als Konfliktfeld „im Werden“¹⁰¹ zeigt sich die ökologische Transformation für Mau, Lux und Westheuser jedoch zunächst noch sozial heterogen strukturiert und politisch umkämpft. Wie sich die Konfliktsarena entwickelt ist entscheidend davon abhängig, ob die Gesellschaft und Institutionen in der Lage sind, Verteilungskonflikte fair zu moderieren und tragfähige Kompromisse zu entwickeln. Wenn die Autoren schlussfolgern, „dass politische Spannungen nicht einfach vorgelagerte Spaltungen der Gesellschaft widerspiegeln“ und Auseinandersetzungen zwar strukturell angelegt seien, aber „ob und wie

⁹⁷ Ebd., S. 243.

⁹⁸ Ebd., S. 108.

⁹⁹ Ebd., S. 433.

¹⁰⁰ Ebd., S. 361.

¹⁰¹ Ebd., S. 403.

sie ausgetragen werden“ sich „am Handeln politischer Akteure“ entscheide,¹⁰² vertreten sie eine verhältnismäßig optimistische Perspektive auf Konflikte und ihre Bearbeitung im Feld der Nachhaltigkeit. Sie machen nachdrücklich darauf aufmerksam, dass soziale Konflikte nicht einfach da seien, sondern hergestellt, „entfacht, angeheizt, getriggert“¹⁰³ werden. Infolgedessen plädieren sie auch dafür, die Konflikte in der Klimaarena als teilbare Konflikte zu verhandeln sowie als „Thema der Wirtschaftsweise und der politischen Regulierung“¹⁰⁴ zu rahmen und die ökologische Transformation durch Debatten und politische Maßnahmen sozialer Gerechtigkeit zu begleiten.¹⁰⁵ Damit liegen sie nahe an den von Dörre und Neckel vorgebrachten Vorschlägen. Die Autoren des Buches „Triggerpunkte“ identifizieren für die Aushandlung der Spannungen in diesem Feld jedoch nicht nur parteipolitische Akteure. Auch die Klimabewegung machen sie als potenziellen Agenten der Transformation aus. Demzufolge sind auch Mau, Lux und Westheuser hinsichtlich des ökomodernen Subjekts deutlich optimistischer als Blühdorn und Staab und halten eine Integration durch Konflikt ohne die Agenten der Zivilgesellschaft für aussichtslos.¹⁰⁶ Ob die parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen jedoch eine „ökologische Klasse mit breiten und milieuübergreifenden Allianzen“¹⁰⁷ schmieden können – wie es auch Dörre für notwendig hält, um die Nachhaltigkeitsfrage bearbeiten zu können – lassen die Autoren offen. Gleiches gilt für die Frage, „ob eher Radikalisierung oder aber eine Temperierung politischer Leidenschaften zum gewünschten Erfolg führt“¹⁰⁸. Letztlich ist das Ziel der Nachhaltigkeit auch für sie nicht verhandelbar und müsse, falls gesellschaftspolitische Allianzen als tragfähige Subjekte ausfallen sollten, über technokratische Steuerung und eine damit einhergehende Entpolitisierung umgesetzt werden. Somit ziehen auch sie die von Heidenreich eingebrachten Umgestaltungen der demokratischen Institutionen nicht in Betracht. Dass diese mangelnde Berücksichtigung eine politische Entleerung münden und möglicherweise „demokratiethoretisch zweifelhaft“¹⁰⁹ sein könne, ist für Mau, Lux und

¹⁰² Ebd., S. 393.

¹⁰³ Ebd., S. 394.

¹⁰⁴ Ebd., S. 403.

¹⁰⁵ Ebd., S. 419.

¹⁰⁶ Ebd., S. 420.

¹⁰⁷ Ebd., S. 417

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Ebd., S. 419

Westheuser nachrangig gegenüber dem Ziel, eine Eskalation sozialer Klima- und Nachhaltigkeitskonflikte zu vermeiden.

Welche Folgen ergeben sich für die Konfliktbearbeitung?

Was bedeuten diese überwiegend makrotheoretischen Perspektiven auf Nachhaltigkeitskonflikte für die lokalen Auseinandersetzungen im Kontext der Energiewende und des Klimawandels? Vor allem: Inwiefern berühren diese Erörterungen die Frage der lokalen Konflikttransformation? Wie schlagen sich Diagnosen einer Krise moderner Normativität (Blühdorn), der Erosion kollektiver Handlungsfähigkeit in den Lebenswelten (Staab) oder von Konflikten um Lebensführung (Neckel) auf konkrete Konfliktlagen nieder? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für lokale Konfliktkonstellationen aus der „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ und den eigentumsbasierten Machtverhältnissen (Dörre) sowie aus den institutionellen Blockaden liberaler Demokratien und der Forderung nach einem „Republikanismus der Nachhaltigkeit“ (Heidenreich)? Und wie verhalten sich diese Lesarten zu den Befunden von Kumkar sowie Mau, Lux und Westheuser, die eher auf noch ungefestigte Konfliktlinien, „Triggerpunkte“ und politisch performative Polarisierung verweisen, als auf einen bereits voll ausgebildeten ökologischen Cleavage?

Unter Berücksichtigung des hier verfolgten (funktionalen) Konfliktverständnisses kann eine Konfliktlösung im Sinne einer endgültigen Beseitigung des Konflikts nicht das Ziel einer Konfliktbearbeitung in demokratischen Gesellschaften sein, da sie in letzter Konsequenz auf eine Negierung des Pluralismus hinausliefe. Im Zentrum steht vielmehr die Regelung von Konflikten: einerseits, um ihre „schöpferischen Kraft“ in Bezug auf gesellschaftliche Integration und soziale Innovation zu entfalten, andererseits um im äußersten Fall gewaltsame Modi der Konfliktaustragung einzuhegen.¹¹⁰ Üblicherweise wird dabei zwischen Konfliktregelung im Sinne einer Konfliktintervention und einer Konflikttransformation unterschieden.¹¹¹ Konfliktintervention zielt darauf, Verfahren zu schaffen, mit denen Konflikte kontrolliert ausgetragen werden können, und setzt somit am dynamischen Handlungszusammenhang an,

¹¹⁰ Vgl. Ralf Dahrendorf, *Konflikt und Freiheit*. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft, München 1972, S. 41.

¹¹¹ Prominent hat diese Differenzierung Galtung eingeführt, vgl. Johan Galtung, *Frieden mit friedlichen Mittel*, S. 189.

in dem sich die Konfliktparteien befinden.¹¹² In der Regel wird hierzu eine dritte Partei hinzugezogen, die die Kommunikation mit und zwischen den Beteiligten strukturiert. Ein Beispiel wären Moderationsverfahren in lokalen Auseinandersetzungen um Windenergie- oder Netzausbauprojekte, in denen Dritte Kommunikationsprozesse strukturieren, ohne jedoch die zugrunde liegenden Konfliktlinien selbst grundlegend zu verändern. Gleichzeitig sind auch rechtliche Verfahren und formalisierte Beteiligungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Raumordnungsverfahren und ähnliche Prozesse Möglichkeiten der Konfliktintervention. Demgegenüber ist die Idee der Konflikttransformation deutlich anspruchsvoller: Hier sollen im Zuge der Konfliktodynamik Kontexte, Strukturen, Beziehungen und Bedeutungen so verändert werden, dass sich die integrativen Potenziale von Konflikten entfalten können.¹¹³ Übertragen auf Nachhaltigkeits- und Energiewendekonflikte hieße dies etwa, dass Konflikte nicht nur befriedet oder „verwaltet“, sondern so gerahmt werden, dass neue Koalitionen entstehen, distributive und symbolische Anerkennungsfragen adressiert und institutionelle Arrangements angepasst werden. Konflikttransformation umfasst damit mindestens drei Ebenen: eine Veränderung der Einstellungen (attitudinal), der Beziehungen und Anerkennungsverhältnisse (relational) sowie der institutionellen und materiellen Strukturen (strukturell)¹¹⁴. Im Anschluss an eine agonale Demokratietheorie, die in der Konfliktsoziologie weitgehend die älteren pluralismustheoretischen Ansätze als Bezugspunkt abgelöst hat, lässt sich Konflikttransformation auch als Übergang von Antagonismus zu Agonismus fassen: Aus Feinden, die das Existenzrecht der Gegenseite in Frage stellen, werden legitime Gegner, die sich bei aller Schärfe des Konflikts gegenseitig als Teil desselben demokratischen Gemeinwesens anerkennen. Einfacher formuliert: Ziel von Konflikttransformation ist eine Verschiebung der Perspektiven der Konfliktparteien aufeinander – weg von der Delegitimierung der jeweils anderen Seite hin zur

¹¹² In diesem Artikel werden die Begriffe Konfliktintervention und Konfliktmanagement mehr oder weniger synonym verwendet, wobei der Begriff des Konfliktmanagement eher einen Fokus auf die Minimierung der destruktiven Konflikteffekte legt, ohne die Veränderung des Beziehungszusammenhang der Konfliktparteien oder die Bearbeitung der Konfliktursachen intensiver zu berücksichtigen.

¹¹³ Vgl. hierzu insbesondere Johan Galtung, *Frieden mit friedlichen Mitteln*, S. 152.

¹¹⁴ Vgl. John Paul Lederach, *Preparing for Peace. Conflict Transformation Across Cultures*, Syracuse 1995 und ders., *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*, Washington 1997.

Anerkennung ihrer Interessen und Ziele als prinzipiell legitime im demokratischen Prozess auszuhandelnde Positionen.¹¹⁵

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, worin Prozesse der Konflikttransformation konkret bestehen können. Johann Galtung hebt in seiner einflussreichen Arbeit hervor, dass ein grundlegender Transformationsschritt in der Bewusstmachung von Interessen liegt: Strukturelle Konflikte, in denen Widersprüche und Interessen den Akteuren zunächst nicht zugänglich sind (beispielsweise die ungleiche Verteilung von Gesundheitsfolgen durch Klimawandelfolgen), werden in Akteurskonflikte überführt, in denen Konfliktparteien sichtbar werden, die die widerstreitenden Interessen artikulieren.¹¹⁶ Mit Dahrendorf ließe sich ergänzen, dass Transformation hier die Herausbildung „echter Gruppen“ meint, die als kollektive Akteure auftreten können. Während zuvor lediglich „Quasi-Gruppen“ existierten, also „Aggregate von Trägern sozialer Positionen“, deren latente Interessen noch nicht politisch organisiert sind.¹¹⁷ Auf Konflikte der Energiewende übertragen könnte etwa die Politisierung bislang latenter Betroffenheiten (z.B. von Beschäftigten in karbonintensiven Branchen oder von Menschen in strukturschwachen Regionen) als Element solcher Transformationsprozesse verstanden werden, sofern sie in repräsentations- und verhandlungsfähige Akteurskonstellationen münden. Galtung weist zugleich darauf hin, dass vor dem Hintergrund der Konflikttransformation der Prozess auch umgekehrt als Unbewusstmachung verlaufen und damit in eine gezielte Verminderung der Mobilisierung münden könne. Diese Gedankenfigur ist beispielsweise an Blühdorns Diagnose der entleerten Nachhaltigkeitspolitik oder Staabs Befund über die demobilisierten Ökomodernen anschlussfähig. Weitere konflikt-dynamische Eingriffe, die auf Konflikttransformation zielen, sind für Galtung die Komplexifizierung des Konflikts (die Erweiterung des Konflikts um zusätzliche Interessen und Akteure) sowie die Simplifizierung (was auf eine Reduzierung der Interessen und Akteure hinausläuft). Auch die Polarisierung und Entpolarisierung sowie Eskalation und Deeskalation sind Prozesse der Konflikttransformation.¹¹⁸ Schematisch betrachtet führen diese unterschiedlichen Dynamiken zu verschiedenen „Aggregatzuständen“

¹¹⁵ Vgl. Auch Vincent August / Manon Westphal, „Theorizing democratic conflicts beyond agonism“.

¹¹⁶ Zu den Transformationsdynamiken – Galtung: 146 – Definition Akteurskonflikte und strukturelle Konflikte Galtung :139

¹¹⁷ Ralf Dahrendorf, *Konflikt und Freiheit*, S. 13.

¹¹⁸ Johan Galtung, *Frieden mit friedlichen Mittel*, S. 167.

von Konflikten: vom Rückzug (Aufgabe des Ziels), über den Kompromiss (gegenseitige Anspruchsreduktion) bis hin zur Transzendenz im Sinne einer kreativen Konflikttransformation, in der etwas qualitativ Neues entsteht und beide Seiten ihre Ziele – wenn auch in veränderter Form – innerhalb einer neuen Konstellation wiederfinden.¹¹⁹ Für Nachhaltigkeitskonflikte könnte Transzendenz beispielsweise in Lösungsansätzen bestehen, die ökologische Zielsetzungen mit sozialer Absicherung und veränderten Beteiligungsformaten verknüpfen (Heidenreich) und damit die von Dörre betonte „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“ auf neuem institutionellem und lebensweltlichem Terrain bearbeiten.

Konflikttransformation bedeutet demzufolge auch, Konflikte – bei Bedarf – konfliktfähig zu machen. Wenn wir auf die Diagnosen der Transformationskonflikte blicken, scheinen einige bisher diskutierte Autoren zu dem Schluss zu kommen, dass das Problem nicht zu viel Konflikt, sondern eine Erosion der Voraussetzungen, unter denen Konflikte in demokratischen Arenen bearbeitet werden können, sei. Demnach fehle es an Motivation, Vertrauen, Anerkennung, Zukunftserwartung und der Bereitschaft zur Selbstbindung, aber auch an strukturellen Rahmenbedingungen, minimalen gemeinsamen Regeln und kraftvollen politischen Akteuren, um die Konflikte im Feld der Energiewende und des Klimawandels auszuagieren. Eine Re-Konstitution der Konfliktfähigkeit müsse vorangestellt werden, bevor an Verhandlung und Kompromiss gedacht werden könne, sonst bestehe die Gefahr, dass die Konfliktdynamik hin zu Abwehr und Verweigerung, Autoritätssehnsucht oder Zynismus kippt. Vor allem die Herstellung dieser Konfliktfähigkeit muss im konkreten Fall berücksichtigt werden: Sind alle Akteure, die von den jeweiligen Vorhaben in ihren Interessen berührt werden, Konfliktparteien oder muss zunächst eine Befähigung und Aktivierung erfolgen, damit überhaupt die Voraussetzungen für eine mögliche Konflikttransformation geschaffen werden? Grundsätzlich muss im lokalen sozialen Konflikt stets gefragt werden, ob institutionelle Settings vorhanden sind, die eine Konflikttransformation überhaupt erst ermöglichen.

Ob ein Konflikt transformierbar ist, entscheidet sich – so legen die hier behandelten Autoren nahe – daran, ob er als verhandelbare Verteilungs- und Regulierungsfrage (teilbar) oder als moralische Identitäts- und Statusfrage (tendenziell unteilbar) geführt wird. Das darf jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dass Konflikte so transformiert werden müssten, dass sie entpolitisiert werden und lediglich als

¹¹⁹ Ebd. S. 177.

technische Herausforderung erscheinen. Ganz im Gegenteil sollte die konfliktive Semantik im Zusammenhang mit Klimawandel und Energiewende – wie es Heidenreich fordert – als politische Frage behandelt werden, um eine offene Diskussion über Kosten, Risiken, Lasten und Ausgleich ebenso anzustoßen wie über politische Mitgestaltung und Selbstverantwortung. In diesem Zusammenhang macht Dörre darauf aufmerksam, dass neben den Einstellungen die eigentumsbasierte Entscheidungsmacht berücksichtigt werden muss. Das bedeutet, dass im Rahmen der angestrebten Konflikttransformation auch auf lokaler Ebene nicht den Fragen ausgewichen werden darf, wer beispielsweise über die Flächen für die Standorte erneuerbarer Energie verfügt, wer den Ausbau der Stromnetze finanziert und inwiefern die kommunalen Haushalte an der Wertschöpfung beteiligt werden. Fragen der Zumutbarkeit, von Eigentumseingriffen und der Gemeinwohlbildung müssen mindestens angesprochen und dürfen von politischen Akteuren nicht ignoriert werden. Die Bearbeitung von Verteilungsfragen eröffnet Verhandlungsspielräume, in denen Kompromisse möglich sind. Gerade auf lokaler Ebene spielen solche Fragen eine zentrale Rolle, etwa bezüglich kommunaler Einnahmen oder der Gestaltung von Ausgleichsmaßnahmen.

Lokale Nachhaltigkeits- und Transformationskonflikte sind vor dem Hintergrund der hier zusammengetragenen Befunde weder als bloße kulturelle Wertkonflikte noch als rein ökonomische Verteilungskonflikte angemessen zu erfassen. Vielmehr handelt es sich – darin sind sich Neckel, Dörre, Heidenreich, sowie Mau, Lux und Westheuser trotz unterschiedlicher Akzentuierung einig – um mehrdimensionale Konfliktfelder, in denen materielle Interessen, soziale Lagen, normative Leitbilder, Lebensführung und institutionelle Arrangements ineinandergreifen. Für lokale Auseinandersetzungen um Windkraft, Netzausbau, Wärmewende oder Flächennutzung bedeutet dies, dass Konflikte nicht auf ein einzelnes Motiv (etwa „Nimbyismus“ oder „Transformationsfeindlichkeit“) reduziert werden dürfen. Vielmehr sind sie Ausdruck tieferliegender Spannungen zwischen unterschiedlichen Lebenswelten, Zukunftserwartungen sowie sozialen und ökonomischen Positionen. Die empirischen Arbeiten verweisen darauf, dass die Transformationskonfliktparteien bislang häufig noch nicht die Form stabiler gesellschaftlich verfestigter Lager angenommen haben. Statt eines ausgebildeten ökologischen Cleavages lassen sich eher fluide, situative Polarisierungen beobachten, die an bestimmten Triggerpunkten – etwa steigenden Energiepreisen, infrastrukturellen Eingriffen oder symbolisch aufgeladenen Projekten – eskalieren können. Dies gilt umso mehr, als sich entlang der von Randall Collins beschriebenen Konflikteskalation

die Gruppensolidarität hin zu einer affektiven Polarisierung verstärkt, Verbündete im Konflikt gesammelt werden und materielle Ressourcen aufgerüstet werden könnten.¹²⁰ Genau an diesen drei Punkten wäre im Sinne einer Deeskalation anzuknüpfen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die diskutierten Theorien ein Verständnis von Konflikttransformation nahelegen, das weder auf Harmonie noch auf Eskalation zielt. Nachhaltigkeitskonflikte – auch gerade im lokalen Kontext der Energiewende – sind Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, die Sinnhorizonte, Lebensweisen und Machtverhältnisse gleichermaßen berühren. Ihre Transformation hängt davon ab, ob es gelingt, Konflikte als teilbar zu rahmen, affektive Polarisierung zu begrenzen, demokratische Institutionen entsprechend weiterzuentwickeln, kollektive Akteure als Träger der Nachhaltigkeit zu mobilisieren und diese in eskalierenden Konflikten als Solidaritäts- und Brückenakteure einzuhegen¹²¹ sowie die konkreten Transformationsprozesse auf lokaler, lebensweltlicher Ebene gestaltbar zu halten, statt lediglich ihre Umsetzung zu administrieren. Konflikttransformation erscheint damit weniger als technisches Instrument denn als politisch-normative Aufgabe. Sie verlangt nach Verfahren, die Offenheit für Dissens mit der Fähigkeit zur kollektiven Entscheidung verbinden. In diesem Sinne markieren lokale Energiewendekonflikte keine Randphänomene, sondern zentrale Arenen, in denen sich entscheidet, ob ökologische Transformation als sozial integrativer Prozess gestaltet werden kann – oder ob sie in Polarisierung, Entpolitisierung oder autoritäre Steuerung mündet.

¹²⁰ Vgl. Randall Collins, “C-Escalation and D-Escalation: A Theory of the Time-Dynamics of Conflict, in: *American Sociological Review*, 77 (2012) 1, S. 1-20.

¹²¹ Solidaritäts- und Brückenakteure bezeichnen bei Collins Akteure, die durch Netzwerkverbindungen zusätzliche Ressourcen mobilisieren und so zur Ausdehnung von Konflikten beitragen; Solidaritätseffekte wirken in dieser Perspektive primär konfliktintensivierend und sind daher einzuhegen. Vgl., ebd., S. 3f.